

## Anlage 2) zu Klimaschutz – klimagerechter Stadtumbau – Umweltschutz

der Rede des Ratsmitgliedes Patrick Engels  
für die Afd-Ratsfraktion  
zum Haushaltsentwurf 2022  
in der Ratssitzung vom 23.11.2021

Grundwissen der Physik und Chemie, ohne dessen Beherrschung nicht sinnvoll über das „Klima“ gesprochen werden kann, zur entlarvenden Äußerung eines Meinungsmachers zum Zweck der Klimaschutz-Forderung und zur Ausrufung des Klimanotstandes in Bottrop:

Unser Planet hat eine Oberfläche von etwa 510 Millionen km<sup>2</sup>, davon sind etwa 360 Millionen km<sup>2</sup> durch Wasserflächen bedeckt.

Die Lufthülle unseres Planeten bis zu einer Höhe von 30 km über Normalnull hat ein Volumen von 15,351 Milliarden km<sup>3</sup>. Was geschieht Sekunde für Sekunde in jedem einzelnen dieser Kubikkilometer?

Der CO<sub>2</sub>-Anteil wird übereinstimmend mit 0,04 % angegeben, dies bedeutet: bei 4 von 10.000 Anteilen des Gasegemisches der Lufthülle soll es sich um ein CO<sub>2</sub>-Molekül handeln.

Selbst der IPCC, der sogenannte Weltklimarat, ausschließlich dafür geschaffen, eine Klimaerwärmung und seine Menschengemachtheit zu beweisen und alle Gegenfeststellungen und Gegenmeinungen zu unterdrücken, konnte nicht mehr leugnen, dass 95 % des jährlichen CO<sub>2</sub>-Eintrages in die Lufthülle natürlichen, nicht menschengemachten Ursprungs ist und ein ständiger natürlicher Austausch dieses CO<sub>2</sub>-Eintrages zwischen der Lufthülle und der Planetenoberfläche besteht.

Und wenn 95 % des jährlichen CO<sub>2</sub>-Eintrages in die Lufthülle natürlichen Ursprungs sein sollen, dann sollen 4/10.000 der restlichen 5 %, von uns bösen Menschen verursacht, das „Weltklima“ in irgendeiner Weise beeinflussen können? Also  $4/10.000 : 100 \times 5 = 0,002 \% = 0,2/10.000 = 2/100.000$ ? Dieser geringst denkbare Anteil soll also verursachen, dass Wärme aus der Lufthülle nicht mehr in die Unendlichkeit des Weltalls verschwinden kann und durch Rückstrahlung Richtung Planetenoberfläche zur einer Klimaerhitzung führen soll, aufgrund deren alle Menschen auf unserem Planeten schon im Jahre 2030, dann aber 2040, dann aber 2050 usw. verbrennen werden?

Wie blöde im Sinne von Ungebildetheit muss man sein, um einen derartigen Unsinn vertreten zu können?

Der IPCC bestreitet auch nicht, dass CO<sub>2</sub> kein Gift, sondern die unabdingbare Nahrungsquelle für Flora und Fauna und selbstverständlich den Menschen darstellt: ohne CO<sub>2</sub> gibt es keine Pflanzen und damit auch keine Nahrungsquellen für Tier und Mensch!

In seinen ideologischen Feststellungen zum Einfluss auf eine Klimaerwärmung und seine Menschengemachtheit – wie bestellt, so geliefert – gibt er sich auch noch die Blöße, einzugestehen, dass der Einfluss der Wolken auf die Erderwärmung noch nicht genügend erforscht sei.

Camper haben hautnah die Temperaturentwicklungen einer sternklaren Sommernacht mit Ausstrahlung und einer Sommernacht mit durchgehender Bewölkung erlebt, jeweils bis zum Morgengrauen: Wolken sind es, die zeitweise verhindern, dass die Wärme vom Erdboden in die Unendlichkeit des Weltalls ausstrahlt, nicht irgendwelche Spurengase, schon gar nicht CO<sub>2</sub>.

Und keinen der real zur Zeit angeblich 7,8 Milliarden Menschen auf diesem Planeten existierenden Menschen interessiert eine mit Größtcomputern angeblich sicher festgestellte Durchschnitts-Jahres-Welt-Temperatur, auch nicht, ob sich diese in 9 Jahren oder sonst wann bis zu seinem Lebensende um 10° C oder noch höher nach oben verändern könnte.

Ihn wie jeden Bottroper interessiert nur die Temperatur, die ihm das Wetter aktuell bietet. Und er weiß, dass kein Bottroper, auch nicht alle zusammen, auch nicht durch Hüpfen, das Tageswetter beeinflussen kann. Und welches denn auch: das Wetter über den Grünzonen in Kirchhellen, oder dasjenige in der Innenstadt von Bottrop oder auf dem Warmen Eigen oder auf dem Kalten Eigen oder im Bottroper Süden in Welheim oder Ebel? Noch nicht einmal auf diesen wenigen etwa 100 km<sup>2</sup> Bottrops ist das Wetter zu jeder Tageszeit mit Temperatur, Regen und Bewölkung identisch. Das nicht steigerungsfähige Chaos in der Lufthülle unseres Planeten lässt noch nicht einmal eine zuverlässige Wettervorhersage für den 4. Tag ab heute zu. Aber Klimaschützer wissen schon heute, mit welchen Wetterqualen wir auf der ganzen Welt in naher Zukunft zu rechnen haben werden, weil Deutschland so böse war, nicht schon gestern alle Kohlekraftwerke, alle CO<sub>2</sub>-abgasenden Betriebe und alle Verbrennungsmotoren abgeschaltet zu haben.

Und kennen der Erste Bürger und der Stadtkämmerer nicht die wirklich entlarvende Äußerung des Professor Dr. Ottmar Edenhofer, Vizechef des IPCC (Intergovernmental Panel on Climate Change = sogenannter Weltklimarat) in der Interview-Veröffentlichung vom 14.11.2010 in der „Neue Zürcher Zeitung“ – NZZ – in Vorbereitung eines Klimagipfels:

„Wir verteilen durch die Klimapolitik de facto das Weltvermögen um.“

„Man muss sich von der Illusion freimachen, dass internationale Klimapolitik Umweltpolitik ist. Das hat mit Umweltpolitik, mit Problemen wie Waldsterben oder Ozonloch fast nichts mehr zu tun.“

Der Vorgenannte soll aktuell Mitdirektor des „Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung“ (PIK) sein, vorher Chefökonom dort, als solcher wohl Spezialist für die Ausplünderung von Menschen auch in Deutschland mit CO<sub>2</sub>-Zertifikaten, mit denen sich Mister Al Gore, einer der Oberideologen, früherer Präsidentschaftskandidat in den USA, eine goldene Nase verdient haben soll, weil er frühzeitig Massen dieser Zertifikate eingekauft und sie im Zuge der Ausplünderungspolitik zulasten der Menschen teuerst wieder verkauft haben soll.

Wenn also nicht nur harte Fakten der Physik, Chemie und Meteorologie die Thesen einer bevorstehenden Klimakatastrophe und der Notwendigkeit eines Klimaschutzes ad absurdum führen, sondern auch einer der Meinungsmacher des Weltklimarates – den Kampfbegriff „Klimaschutz“ entlarvend – die Zielvorstellungen der Ideologiebegriffe als gewollte Ausplünderung der reichen Länder des Nordens des Planeten zugunsten der Armen auf der Südhalbkugel darstellt, müsste eigentlich jedem klar sein, dass er sich nicht als Handlanger solcher Ideologen betätigen darf.

Insbesondere hat sich der Erste Bürger Bottrops die Frage zu stellen:

Welche Verantwortung sollen gerade die Einwohner Bottrops dafür tragen, dass sie nach Duldung von jahrzehntelangen Zwangsabgaben anteilig zur Zahlung von milliardenschweren sogenannten Einwicklungshilfe beitragen mussten, die Menschen auf der Südhalbkugel gleichwohl arm geblieben sind? Also hat der Erste Bürger sich schützend vor die Einwohner zu stellen und sich jeder Forderung sogenannter Klimaschützer mit vorgenannten Argumenten strikt zu widersetzen.

Und wie konnte es zur Ausrufung des „Klimanotstandes“ für Bottrop in der Ratssitzung vom 02.07.2019 kommen:

Nach dem in der Öffentlichkeit vermittelten Eindruck war der SED-Linke Sven Hermens Hauptinitiator oder Mitinitiator der FFF-Bewegung in Bottrop. Für diesen Tag scheint er sich den frechtesten und lautesten Pubertierer ausgewählt zu haben, damit dieser vor Beginn der Ratssitzung in einer regelwidrigen Veranstaltung vor dem Rathaus, die man selbstverständlich auf Aufforderung der Pubertierenden gnädigst bewilligt hatte, den Ersten Bürger und Mitglieder des Rates aggressiv mit Beschimpfungen etwa wie „Ihr zerstört meine Zukunft“ angehen konnte, gefolgt von Korruptionsvorwürfen.

Sachangemessen wäre spätestens nach Abschluss der Beschimpfungs- und Bezeichnung-Attacke der sachliche Hinweis des Ersten Bürgers gewesen, dass er zum Thema Klimaschutz absolut nichts feststellen könne, wie es den etwa 117.000 Einwohnern Bottrops auf etwa 100 km<sup>2</sup> Fläche möglich sein soll, irgendeine Leistung zur Rettung des Weltklimas erbringen zu können und der Beschimpfer sich freundlicherweise mit seinem Anliegen an die zuständigen Weltorganisationen wenden solle. Überspitzt hätte er auch erklären können, dass selbst die kollektive Selbsttötung aller Einwohner Bottrops und damit das Ende jedes klimaschädlichen Verhaltens eines in Bottrop lebenden Menschen absolut keine Auswirkung auf das Weltklima haben könnte. Aggressiven Jünglingen, die von einfachstem Wissen völlig unbeleckt sind, hätte man selbstverständlich nicht mit harten Fakten aus der Physik und der Chemie kommen können. Aber diese beiden Argumente hätte der wortgewaltige Pubertierer, wenn er gewollt hätte, vielleicht doch noch verstehen können.

Stattdessen unterwirft sich der Erste Bürger unserer Gemeinde ausweislich des 3. Absatzes auf Seite 3 der Niederschrift wie folgt:

„Abschließend sagte Oberbürgermeister Tischler zu, nach den Sommerferien mit Vorschlägen zur Verbesserung des Klimas auf die Mitglieder der Fridays for Future-Bewegung zuzugehen und weiter im Dialog zu bleiben.“

Ausweislich Seite 6 des Protokolls hat der Rat einstimmig – bei einer Enthaltung der Ratsfrau Gabriele Schmeer wohl von den Piraten (das Ratsmitglied der AfD war nicht zugegen) – der Resolution zugestimmt. Ausgehend vom Eingang des Protokolls, wonach 50 Ratsmitglieder erschienen waren, haben sich demnach zusammen mit dem stimmberechtigten Oberbürgermeister tatsächlich 50 Erwachsene, die vorrangig, in diesem Fall ausschließlich die Interessen der Bottroper Bevölkerung zu vertreten hatten, einer unglaublichen Ideologenforderung unterworfen.

Die weitaus überwiegende Mehrheit der 117.000 Einwohner Bottrop dürfte fassungslos gewesen sein, dass für Bottrop ein „Notstand“ ausgerufen wurde, der nirgendwo erkennbar war. Sie konnten keinen anderen Eindruck als denjenigen gewinnen, dass irgendein grüner Ideologe nur daher zu kommen braucht, um einen an Merkwürdigkeit nicht zu überbietenden Vorschlag zu entäußern, und alle anderen Ratsmitglieder dem ohne jegliches Nachdenken und ohne ihren Verstand zu bemühen, begeistert hinterherlaufen.

Mit dieser Aktion haben sich die Ratsmitglieder, die sich nicht zu den grünen und roten Ideologen zählen, ein kaum überbietbares Armutszeugnis ausgestellt.

Schön, dass es ausgedruckte Ratsprotokolle gibt. Papierausdrucke sind noch immer die beste Form der Datensicherung. Löschorgien im Internet können diese Dokumente nicht vernichten. Ein Zeitgeschichtler wird in wenigen Jahren nur mit Fassungslosigkeit das Verhalten von 50 Erwachsenen zu diesem Thema zur Kenntnis nehmen können.

#### Tatsachenbasierte Beispiele vorbildlichen Verhaltens im Sinne einer umweltangepassten Stadtgestaltung:

Ein Naturfreund versucht, die Naturflora möglichst vielfältig in seinen auch städtischen Wohn- und Arbeitsbereich durch Pflanzenschmuck zurückzuholen.

Nicht wenige Gebäudeeigentümer haben grundsätzlich die Bereitschaft, Hausfassaden mit einem dicken Pelz von Blattgrün überziehen zu lassen, damit Vögel und Insekten dort eine Heimat finden und sich kräftig vermehren. Beispiele solcher Gebäudeeigentümer gibt es in Bottrop in Hülle und Fülle, auch wenn für sie die Feststellung zu treffen ist, dass die Kraft der Natur und das üppige Sprießen zu laufenden, nicht unerheblichen Folgekosten wegen notwendigen Rückschnitts mit sich bringt. Nehmen wir das Beispiel des Stumpfes der alten Vietormühle zwischen Rathaus und der Gastromeile: Welch eine Freude über so viele Jahre an einem derart dicken Naturpelz, gebildet durch unterschiedlichste Rankepflanzen wie immergrüner Efeu, wilder Wein mit seinem wunderbaren Farbenspiel im Herbst und andere. Aus nicht bekannt gewordenen Gründen wurde irgendwann in der Vergangenheit der Naturpelz vollständig entfernt. Glücklicherweise wurde danach mit dem Neubesatz der Bepelzung begonnen.

Eine eben solche Entwicklung hatte die Hausfassade der „Gladbecker Straße 27“ gegenüber dem Stadtcafé zu verzeichnen. Leider wurde von heute auf morgen der gesamte Pelz abgerissen, angeblich, weil die immer stärker werdenden Wurzeln des wuchernden Efeus Entwässerungseinrichtungen geschädigt haben sollen. Leider gab es bisher keinen Neubesatz.

Die rückwärtige Fassade des Hauses, in dem das Büro des Unterzeichners liegt, wurde im Zuge der Fassaden- und Hofsanierung mit Rankepflanzen besetzt. Der Tag wird herbeigesehnt, an dem ein dichter Pelz gewachsen ist, der bis zum Lebensende des Genannten nicht mehr abgerissen werden wird.

Beispielhaft auch die ehemalige Steinwüste des Garagenhofes der „Gerichtsstraße 6“ in Bottrop, die mit Beschluss der Eigentümergemeinschaft bestmöglich zur Freude aller Betrachter begrünt wurde, auch mit diesem wunderbaren Farbenspiel des wilden Weins im Herbst.

Den beiden letztgenannten Beispielen ist gemein, dass in dem Willen, die Natur zurück an Fassaden und in Steinwüsten zu bringen, kein Gedanke daran verschwendet wurde, auf Subventionen zu warten und diese zu erbetteln, auch wenn im letztgenannten Fall ein kostenpflichtiger Rückschnitt alle 2 Jahre notwendig ist. Die Natur ist eben stark, aber sie ist es wert, dass im Gegenzug für die Freude, die sie durch ihren Anblick ständig erbringt, Geld für sie aus der eigenen Tasche aufgebracht wird.

Aus den Beispielen folgt, dass nicht das Steuergeld der anderen verschwendet werden muss, um Natur in die Städte zurückzuholen. Es reicht, wenn verschlafenen Bürgern beste Beispiele mit Farbfotografien nähergebracht werden, um sie anzuregen, guten Vorbildern zu folgen.

#### Praktische Beispiele für Wetteranpassung und Verwaltungsnotwendigkeiten in der Fürsorgepflicht:

Das Leiden von Menschen, die eine wochenlange, nicht enden wollende Hitzeperiode, ertragen müssen, deren Wohnungswände derart aufgeheizt sind, dass sie nachts keinen Schlaf mehr finden, kann jedenfalls teilweise auf dem Stadtgebiet dadurch gemindert werden, dass ein preiswertes Wärmeaufnahme-potenzial in Form von Eiswasser benutzt wird, das auf Straßen und vor Fassaden versprüht wird. Wasser hat solch ein bedeutendes Wärmeaufnahme-potenzial, wenn auch die Wärmebilanz in der Latentphase zwischen H<sub>2</sub>O flüssig und fest genutzt wird. Pro Kubikmeter Eiswasser ergibt sich bei dem Ziel der auf 20° C abzukühlenden Umgebungsluft ein Wärmeaufwärme-Potenzial von 418,68 MJ. Die Abkühlung ist durch Versprühen eben dieses Eiswassers zu bewirken. Eine solche Sprühvorrichtung wäre bei der Berufsfeuerwehr vorzuhalten, genauso wie die BEST Schneepflüge und „Salzstreuer“ für den Fall starken Schneefalls und starker Eisbildung auf den Straßen vorhält. Sollte auch nur in einem einzigen das Interesse für die Lösung dieser Aufgabenstellung geweckt worden sein, kann er gerne den Unterzeichner anrufen: die Konzeption des Sprühfahrzeugs ist bis in das kleinste Detail durchdacht.

Das grüne Versprechen auf angebotsorientierte Stromversorgung durch Wind- und Fotovoltaik-Energie könnte auch unter Berücksichtigung des damit einhergehenden Risikos eines unkontrollierten Blackouts zu einer tödlichen Erfrierungsgefahr für nicht wenige Einwohner Bottrops führen. Zur Abwendung eines derartigen Risikos kann die Stadtverwaltung dem einzelnen Bewohner keine Lösung anbieten, sie kann lediglich auf Broschüren des Bundesamtes für Bevölkerungs- und Katastrophenschutz mit Hinweisen zur Vorsorge verweisen, sollte dies allerdings mit möglichst weitest gehender Verbreitung veranlassen.

Allerdings muss die Stadtverwaltung in ihrer Fürsorgepflicht Vorsorge für das Notwendigste treffen.

Sicherzustellen ist die Verfügungsbereitschaft von Notstromaggregaten für einen Zeitraum von 14 Tagen zur Aufrechterhaltung des Betriebes

- der Verwaltung im Bereich „Öffentlichen Sicherheit und Ordnung“ im Rahmen eines Krisenstabes zur Versorgung der dazu unbedingt notwendigen Mitarbeiter der Stadtverwaltung und der von ihnen benötigten Gerätschaften,
- der Feuerwehr
- der Polizei, selbst wenn diese in die Aufgabenverpflichtung des Landes fiele, zu dessen Verantwortungsbereitschaft allerdings kein Vertrauen bestehen sollte,
- bestimmter Nahrungsmittelversorger,
- bestimmter Tankstellen, mit denen Garantieverträge über Diesel-Kontingente für Blackoutzeiten geschlossen werden sollten, und zwar im Hinblick auf äußerst hohen Verbrauch für alle in Bottrop im öffentlichen Interesse betriebenen Notstromaggregate.

Für die Krankenhäuser in Bottrop wird die jederzeitige Betriebsbereitschaft von Notstromaggregaten unterstellt, nicht aber die Vorhaltung einer ausreichend dimensionierten Menge an Dieseldieselkraftstoff, der als chemische Energie nur unter 50 % in Stromenergie umgewandelt werden kann.

Der Energiebedarf aller vorgenannten Notstromaggregate für den aktuell schlimmst denkbaren Fall eines 14-tägigen Blackouts ist immens und dürfte den Einsatz von 100.000 l Dieseldieselkraftstoff weit überschreiten.

Und zur Folgenminderung von Starkregenereignissen scheint sich auch noch niemand folgendes bewusst gemacht zu haben:

Durch Presseveröffentlichungen wurde allgemein bekannt, dass nach Auskohlung im Untertagebau unter so vielen Quadratkilometern großen Flächen und der danach erfolgten Absenkungen, die im Ruhrgebiet zum Teil über 12 m betragen, das Problem eines zu hohen Grundwasserspiegels entstanden ist, das nur durch den laufenden Einsatz stromintensiver Pumpen (Ewigkeitskosten) beherrschbar ist. Sollten diese Pumpen, aus welchen Gründen auch immer, ausfallen, soll das Ruhrgebiet angeblich nach wenigen Tagen wegen des ansteigenden Grundwasserspiegels zu einer Wasserfläche werden.

Andererseits wurde in den letzten Wochen allgemein bekannt, dass nach der Stilllegung der letzten Steinkohlegrube alle ausgekohlten Bereiche vernetzt wurden und das Grubenwasser in 600 m Tiefe aus so vielen Quadratkilometern in eine ehemalige Zeche geleitet wird, von der das ansteigende Grubenwasser in den nahe liegenden Rhein zum Abfluss in die Nordsee gepumpt wird.

Bei der Verknüpfung dieser Tatsachen stellt sich die Frage, warum in den am tiefsten liegenden Regionen des Ruhrgebietes, auch in Bottrop, möglicherweise in Grafenwald, nicht eine Rohrverbindung von der Oberfläche zum Anschluss an die Grubenwasserableitung in 600 m Tiefe angelegt wird, in das im Bedarfsfall Starkregen und laufend Teile des Grundwassers in kontrollierter Menge zur Entlastung der oben genannten Pumpen geleitet wird, selbstverständlich unter Ausnutzung der senkrechten Fallenergie des Wassers, das mit einer Fallhöhe von über 500 m eine Stromturbine antreibt, die den Energieaufwand für die Pumpe am Rhein und für die anderen Pumpen jedenfalls teilweise mindern kann.

Kluge und initiative Köpfe und anpackende Hände haben wir im Ruhrgebiet offensichtlich genug: wer es vollbringt, von Dortmund bis zum Rhein über zig Kilometer einen unterirdischen, groß dimensionierten Rohrkanal zu bauen, in dem die ehemals in die Emscher geleiteten Abwässer bis zum Rhein geleitet werden, der ist erst recht im Stande, eine demgegenüber lächerliche Rohrverbindung bis hin zur Grubenwasserableitung herzustellen.

Bottrop, 23.11.2021

Verantwortlich für den Inhalt:

Udo Pauen

als ausschließlich den Interessen der Einwohner verpflichtetes  
Ratsmitglied der Stadt Bottrop